

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

Perle 1: «Fluch und Segen der Privatschulen»

Wo: St. Galler Tagblatt

Wer: Mario Andreotti

Wann: 17. Juni 2019

«Privatschulen werden, nicht zuletzt durch den Pisa-Schock, immer beliebter. In den letzten Jahren sind private Institute wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Zahl privat unterrichteter Schüler hat stark zugenommen. Warum sind immer mehr Eltern bereit, für ihre Kinder auf die staatlichen, weitgehend kostenlosen Schulen zu verzichten und stattdessen auf zum Teil sehr teure Privatschulen zu setzen?»

Die Gründe dafür sind vielfältig, decken doch die Privatschulen ganz unterschiedliche pädagogische Konzepte und Weltanschauungen ab. Da finden sich konfessionelle Schulen, die – so ihr Leitbild – für christlich-humanistische Werte stehen, neben säkularen, besonders teuren Internaten.

In diesen bleiben die Söhne und Töchter der Reichen unter sich. Oder es gibt Schulen, die, wie etwa die Montessori- und Rudolf-Steiner-Schulen, reformpädagogische Alternativen zur staatlichen Schule anbieten, oder gar solche für besonders begabte Jugendliche im musischen und sportlichen Bereich.

Dass Privatschulen im Trend liegen, kommt nicht von ungefähr. Ein Grossteil des Wachstums erklärt sich damit, dass immer mehr Eltern glauben, ihre Kinder seien in den öffentlichen Schulen entweder unter- oder überfordert. Das Letztere betrifft vor allem die staatlichen Gymnasien, deren Druck viele Schüler nicht standhalten und die deshalb



«In den letzten Jahren sind private Institute wie Pilze aus dem Boden geschossen. [...] Warum sind immer mehr Eltern bereit, für ihre Kinder auf die staatlichen, weitgehend kostenlosen Schulen zu verzichten und stattdessen auf zum Teil sehr teure Privatschulen zu setzen?»

«Die öffentlichen Schulen werden nicht darum herumkommen, sich erneut auf ihre pädagogischen Kernaufgaben zu besinnen.»

Mario Andreotti

den Weg zur Matura über Privatschulen suchen, wo sie sich besser betreut fühlen und auch mehr Zeit für ihre Entwicklung haben. Dass Privatschulen oftmals auch Sammelbecken für Schulversager sind, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Indessen darf auch gesagt werden, dass Schüler, die in den öffentlichen Schulen durch das Raster fallen, in privaten Einrichtungen bisweilen aufblühen.

Die steigende Nachfrage nach Privatschulen hat aber nicht nur mit Problemkindern zu tun. Sie ist auch Ausdruck des Misstrauens gegenüber einer staatlichen Schule, in der die Schüler, schon in der Unterstufe, vor Computer gesetzt und mehr oder weniger allein gelassen werden. Auf diese Weise spielt die für den Lernerfolg der jungen Menschen zentrale Beziehung zwischen der Lehrperson und den Schülern nur noch am Rande. Es sind oft die chaotischen Zustände an öffentlichen Schulen und damit die Verwirrungen innerhalb des Lehrkörpers durch ständig neue, pädagogisch fragwürdige Reformen, die Eltern dazu bringen, ihr Geld in die private Schulausbildung ihrer Kinder zu investieren. Hier werden die öffentlichen Schulen nicht darum herumkommen, sich erneut auf ihre pädagogischen Kernaufgaben zu besinnen.

Organisationen wie die «elternlobby schweiz» fordern die freie Schulwahl für alle. Danach sollen auch staatlich bewil-

ligte Privatschulen öffentlich finanziert werden, so dass das Schulgeld für die Eltern entfällt. Eine Idee, die auf den ersten Blick einleuchtet, die sich bei genauerem Hinsehen aber als problematisch erweist. Denn sie bedeutet im Grunde die Abschaffung der Volksschule, jener öffentlichen Schule, die für einen demokratischen Staat eine unabdingbare Voraussetzung bildet. Dank ihr konnte sich eine Gesellschaft entwickeln, die es schafft, dass Kinder über alle sozialen, kulturellen und religiösen Grenzen hinweg miteinander aufwachsen, lernen und kommunizieren können. Würde der Bildungsbereich vollständig privatisiert, so bestünde die Gefahr, dass Kinder in Parallelwelten aufwachsen, dass es zu Ausgrenzungen und Ghettoisierungen kommt und sich die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft verstärkt.

In der Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, Privatschulen seien prinzipiell besser als staatliche Schulen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Zwar erzielen Privatschüler etwa bei Pisa ein höheres mittleres Leistungsniveau, das jedoch damit zu erklären ist, dass sie in der Regel aus bildungsnahen Elternhäusern kommen. Berücksichtigt man diese Herkunft, dann heben sich die Unterschiede weitgehend auf, dann schneiden unsere staatlichen Schulen, vor allem wenn sie ihren Kernauftrag ernst nehmen, ebenso gut oder sogar besser ab.»

Würde der Bildungsbereich vollständig privatisiert, so bestünde die Gefahr, dass Kinder in Parallelwelten aufwachsen, dass es zu Ausgrenzungen und Ghettoisierungen kommt und sich die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft verstärkt.



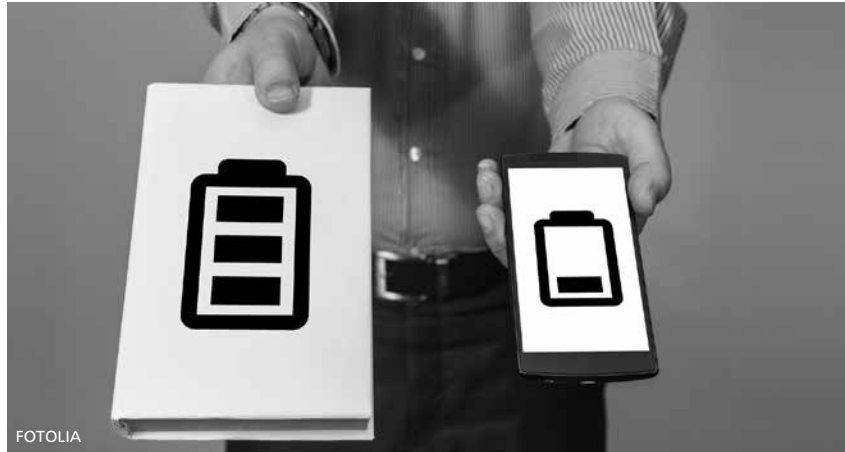
Perle 2: «Bildschirmlesen kann Verständnis gefährden»

Wo: St. Galler Tagblatt

Wer: Gottlieb Höpli

Wann: 18. Juni 2019

«Als Ernest Hemingway gebeten wurde, eine Geschichte in sechs Wörtern zu erzählen, antwortete er mit dem folgenden Beispiel: «For sale: Baby shoes. Never worn.» (Zu verkaufen: Baby-Schuhe. Nie getragen.) Herzerreissend. Aber nur für den, der zu lesen weiss. Hinter den alltäglichen Wörtern verbirgt sich die Geschichte eines ungeborenen oder vielleicht totgeborenen Kindes. Verbirgt sich die Verzweiflung der Eltern, welche die Erinnerung an das tote Kind nicht mehr ertragen – vielleicht sind sie auch arm und zum Verkauf gezwungen.



In die Dimensionen hinter den sechs banalen Wörtern einzudringen, das nennen Leseforscher «tiefes Lesen». Es ist eine unschätzbare Qualität – und ein Kulturgut, das im Zeitalter der Digitalisierung in Gefahr ist. Darauf weist die Erklärung von 130 europäischen Wissenschaftlern hin, die sich disziplinenübergreifend – als Neurolinguisten, Sprach-, Lese- und Lernforscher und Sozialwissenschaftler – in einer grossangelegten vierjährigen Forschungsinitiative namens E-READ mit der Zukunft des Lesens im Zeitalter der Digitalisierung befasst haben. Ihre «Erklärung von Stavanger» verdient die Beachtung jedes Einzelnen, der sich beruflich mit Fragen des Lesens und Lernens auseinandersetzt.

Die Erklärung von Stavanger ist die differenziert dargelegte Erkenntnis, dass Bildschirme und bedrucktes Papier nicht gleichwertig sind. Was angesichts der rasend schnell vorangetriebenen Digitalisierung bedeutet: Es besteht Grund zur Sorge um das Lesen gedruckter Texte. Dieser Druck, der ja auch ein kommerzieller Druck zur möglichst schnellen und möglichst vollständigen Digitalisierung ist, muss hinterfragt werden. Die gängigen Floskeln vom Rückstand in der Digitalisierung gegenüber den Anderen, Schnelleren, Besseren, wie sie von der Politik gerne übernommen werden, sind manchmal blosses Nachplappern der Digitalisierungs-Lobbyisten, die sich mit immer neuer Hard- und Software eine goldene Nase verdienen.

Die Forschergemeinschaft aus 34 Ländern hält fest, dass digitale Texte zwar «ausgezeichnete Möglichkeiten bieten, die Textpräsentation auf individuelle Präferenzen und Bedürfnisse abzustimmen» (zum Beispiel im Unterricht). Leser neigten allerdings beim Lesen digitaler Texte «eher zu übersteigertem Vertrauen in ihre Verständnisfähigkeiten

als beim Lesen gedruckter Texte». Überfliegen und geringere Konzentration auf den Inhalt sind die Folge. Es droht der Verlust des «tiefen Lesens», vor allem bei längeren Texten. Das Verständnis des Gelesenen sinkt.

Bedrucktes Papier, vor allem das Buch, sind dem Verständnis, der Konzentration, dem Aufbau eines Wortschatzes und dem Gedächtnis förderlicher als der Bildschirm, schreiben die Forscher. Das hat damit zu tun, dass der Mensch nicht nur mit den Augen und dem Hirn, sondern mit dem ganzen Körper liest. Die Eigenschaften des Körpers bestimmen mit, was wir lernen, wissen und tun können. «Dieser Faktor wird von Lesern, Erziehern und sogar Forschern unterschätzt», heisst es in der Stavanger-Erklärung.

Wichtig sei deshalb, dass Schüler und Studierende immer wieder zur Lektüre gedruckter Bücher motiviert würden. Lehrer und Erzieher müssten wissen, dass «der rasche und wahllose Ersatz von Druckwerken, Papier und Stift durch digitale Technologien im Primarbereich nicht folgenlos bleibt». Er könne zur Verzögerung in der Entwicklung des kindlichen Leseverständnisses und des kritischen Denkens führen. Könnte das «flachere» Bildschirmlesen nicht sogar zum Standardmodus des Lesens werden? Mithin Anfälligkeit für Fake News, Einseitigkeit und Vorurteile fördern? fragen die Leseforscher.

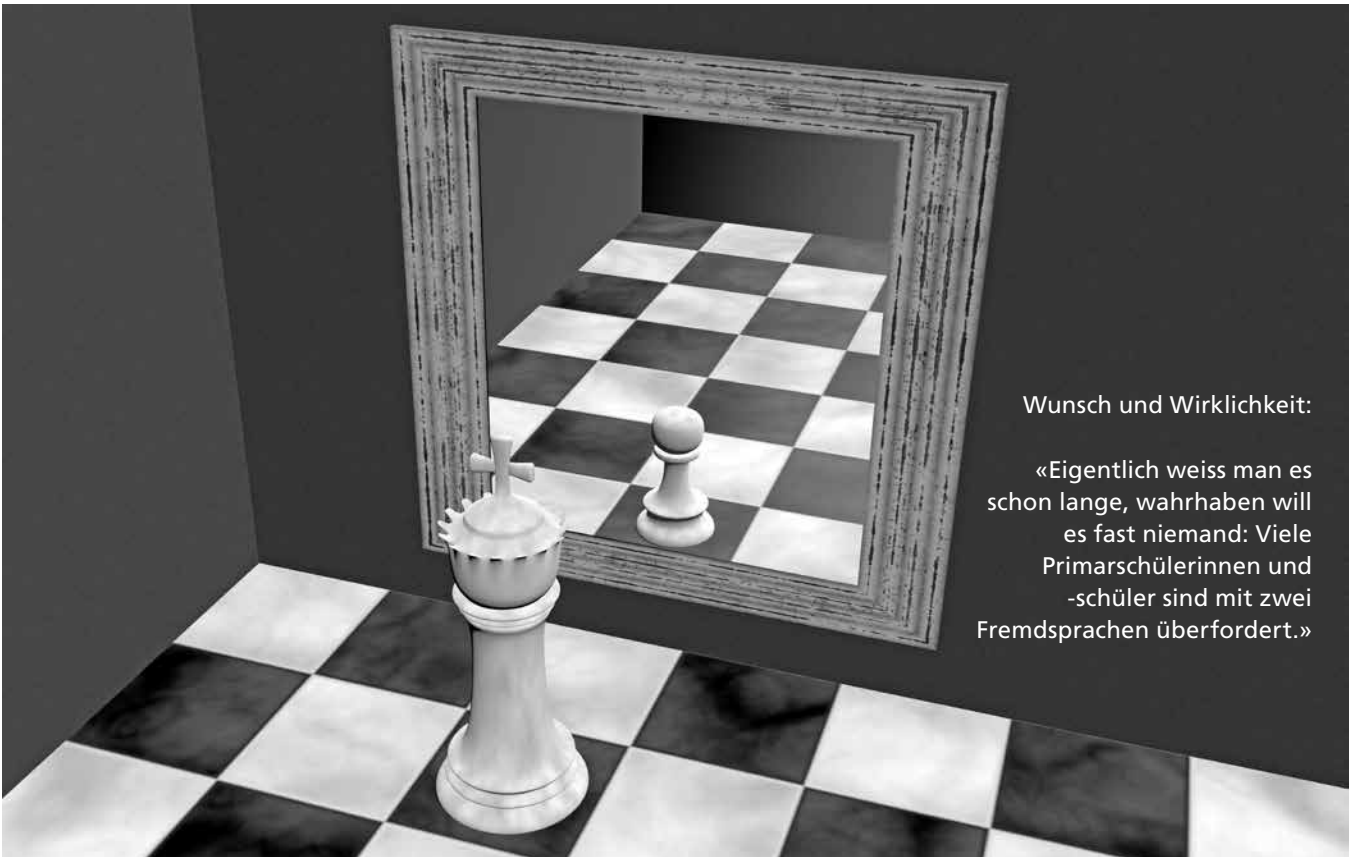
Vielleicht haben Leute wie der Direktor der ETH-Bibliothek, der alle Bücher digitalisieren und aus der Bibliothek entfernen will, zu viel am Bildschirm gelesen. Was zur Gefahr führt, dass sie ihrer Aufgabe nicht mehr völlig gewachsen sind.»

Perle 3: «Für viele Primarschulkinder sind zwei Fremdsprachen zu viel»

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: Carl Bossard

Wann: 23. Juni 2019



Wunsch und Wirklichkeit:

«Eigentlich weiss man es schon lange, wahrhaben will es fast niemand: Viele Primarschülerinnen und -schüler sind mit zwei Fremdsprachen überfordert.»

«Basler Romanistikprofessoren haben vor einiger Zeit Alarm geschlagen: Die Grundlagen aus dem Französischunterricht genühten nicht; ein Universitätsstudium sei schlicht unmöglich. Und das nach elf Jahren Unterricht!

Eigentlich weiss man es schon lange, wahrhaben will es fast niemand: Viele Primarschülerinnen und -schüler sind mit zwei Fremdsprachen überfordert. Doch die Verantwortlichen stört kein Zweifel; sie sind gegen das Offenkundige immun.

So schrieb die «NZZ am Sonntag» vor einiger Zeit: «Bildungspolitiker kämpfen mit allen möglichen Mitteln für das Frühfranzösisch. Wissenschaftler, die den Nutzen anzweifeln, werden unter Druck gesetzt und diskreditiert.» Das erinnert an Christian Morgensterns messerscharfen Schluss, dass «nicht sein kann, was nicht sein darf».

Drastische Defizite beklagen auch die Basler Sekundar- und Gymnasiallehrer. Das gegenwärtige Fremdsprachenkon-

zept führe unweigerlich zu einer Misere beim Französisch. Ein Zuviel erdrückt; man tut nichts mehr richtig.

Wichtiger wäre, so der ehemalige Mittelschullehrer und SP-Grossrat Daniel Goepfert, das Gewicht auf «sattelfestes Erlernen der deutschen Sprache zu legen» und Französisch zugunsten des Grundlagenfachs Deutsch aufzuschieben. Das stärkt auch leistungsschwächere Kinder, ohne die starken zu schwächen.

Wer in der globalisierten Welt modernitätsfähig sein will, braucht eine Fremdsprachenqualifikation. In der Schweiz gehört dazu eine zweite Landessprache. Und da Englisch ohnehin zur Lingua franca geworden ist, sollten die Kinder – zusätzlich zur Deutschkompetenz – mindestens doppel-sprachig sein. Hier herrscht Konsens.

Doch wann soll mit dem Fremdsprachenlernen begonnen werden? Und wie steht es um die Standardsprache Deutsch? Für viele ist sie ja auch eine Art Fremdsprache, zumal man

«Besser zuerst scharfzünftig Deutsch als vielzünftig, aber ungenau! Viele erfahrene Lehrpersonen wissen das. Doch die Bildungspolitik hörte nicht auf sie.»

Carl Bosshard

weiss: Fast jeder fünfte Schüler verlässt unsere Schulen, ohne dass er richtig lesen und schreiben kann. Eine offene Wunde unserer Gesellschaft!

Frühfranzösisch lässt sich nicht isoliert betrachten. Zu viele Positionen stehen sich hier diametral gegenüber. Zwei Fremdsprachen bereits in der Primarschule, das fordern die Kosmopoliten. Und ohne Frühfranzösisch bröckle der Kitt der föderalen Schweiz, bekräftigen die offizielle Schulpolitik und der Lehrplan 21. Das sei zu viel, argumentieren erfahrene Pädagogen. Sie verweisen auf die Fächerfülle, die begrenzte Übungszeit und den Sprachverlust in der Muttersprache.

Fremdsprachen in der Volksschule waren lange Zeit Domäne der Sekundarstufe I, die vom 7. bis zum 9. Schuljahr dauert. Die Primarschule beschränkte sich auf wenige Kernfächer. Ab den neunziger Jahren führten dann fast alle Deutschschweizer Kantone Primarschulfranzösisch ein, während die welschen Stände den Deutschunterricht vorverlegten.

2000 überraschte der Zürcher Bildungsdirektor und Reformturbo Ernst Buschor mit seinem Brachialentscheid: English first. Frühenglisch vor Frühfranzösisch hiess seine Devise. Darum haben wir heute in den ersten sechs Volksschuljahren zwei zusätzliche Sprachen. Einzig Appenzell Innerrhoden verzichtet in der Primarstufe auf eine zweite Fremdsprache.

Die Alternative Französisch oder Englisch ist verquer. Denn beides ist wichtig – und was wichtig ist, muss richtig getan

werden. Doch über den richtigen Zeitpunkt und die Intensität scheiden sich die Geister. Lange Zeit war der Grundsatz unbestritten: je früher, desto besser. Das ist nicht prinzipiell falsch. Fraglos lernen Kinder vieles leichter als Erwachsene. Das zeigt sich bei Jugendlichen, die zweisprachig aufwachsen.

Ganz anders aber verhält sich die Situation im Klassenverband mit wenigen Wochenlektionen. Eine Zentralschweizer Studie von 2016 schockierte: Nur jeder 30. Achtklässler spricht lehrplangerecht Französisch; nicht einmal jeder Zehnte erreicht die Lernziele im Hörverstehen.

Unbefriedigend sehen die Resultate auch beim Lesen und Schreiben aus. Da wird klar: Wenn Bildungsidee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, leidet bloss die Wirklichkeit. Manchen jungen Menschen verleidet darum Französisch.

Die Appenzell Innerrhändler machen das Gleiche anders – und mit Erfolg: Sie verlegten den Französischunterricht von der Primar- in die Sekundarstufe und unterrichten hier mit hoher Kadenz. Sie befreiten die Primarschule von Französisch und gewannen Zeit fürs Kernfach Deutsch. Weniger ist mehr. Denn fürs Erlernen einer Fremdsprache braucht es präzise Kenntnisse und automatisierte Ausdrucksfähigkeiten der Muttersprache.

Anders gesagt: besser zuerst scharfzünftig Deutsch als vielzünftig, aber ungenau! Viele erfahrene Lehrpersonen wissen das. Doch die Bildungspolitik hörte nicht auf sie. Vielleicht nimmt sie dafür die Basler Professoren ernst – und mit ihnen auch viele Kinder. Die Appenzeller machen es vor.»

Perle 4: «Notlösungen an den Schulen»

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: René Donzé

Wann: 30. Juni 2019



FOTOLIA

«Für Schulleiterin Sarah Knüsel ist es ein «schlechter Witz». Einer, der sich seit Jahren wiederholt: Im Frühling wird der Lehrermangel ausgerufen, im Sommer folgt die Entwarnung. So gibt sich das Zürcher Volksschulamt auch dieses Jahr zuversichtlich, «dass es im Kanton Zürich wieder gelingen wird, dass im neuen Schuljahr keine Klasse ohne Lehrer dasteht», wie Amtsleiterin Marion Völger sagt. Dies, obwohl noch rund 270 Stellen im Kanton Zürich ausgeschrieben sind.

Selbstverständlich müssen wir für alle Kinder Lösungen finden», sagt Knüsel, die auch den Zürcher Schulleiterverband präsidiert. Die Frage sei bloss, wie diese aussähen. Tatsächlich werden Schulen immer kreativer. Oder verzweifelter. «Wir müssen nehmen, was kommt», ist der meistgehörte Satz, wenn man mit Schulleitern spricht. Jemand erzählt von einer Bewerberin, die er normalerweise nicht eingestellt hätte, da sie ihm zu labil erschien. Nun müsse das Lehrerteam diese neue Kollegin eben irgendwie mittragen. Knüsel sagt, manchmal würden bei der «Teampassung» Abstriche gemacht. Dann würden Personen eingestellt, «bei denen es sich abzeichnet, dass die Zusammenarbeit schwierig wird». Davon rät sie ab, weil sich so bloss Probleme verlagerten.

Zur Not werden in vielen Schulen auch Personen eingesetzt, die kein adäquates Diplom besitzen. Im Kanton Schaffhausen etwa wird eine Klasse von drei Studentinnen der Pädagogischen Hochschule geführt. In den Kantonen Bern und Zürich kann das Studium von drei auf vier Jahre verlängert und bereits in den letzten beiden Studienjahren unterrichtet werden. Bern hat über siebzig Pensionierte überzeugt, ins Schulzimmer zurückzukehren. Auch werden Personen aus dem Ausland eingesetzt. Knüsel inseriert ihre Stellen oft in Deutschland, mittlerweile ist ein Viertel des Teams deutsch.

Was vor allem zugenommen hat, sind Vikariate: Lehrpersonen, die für ein paar Monate einspringen – oft junge, urbane Lehrerinnen, die zwischendurch verreisen, oder Wiedereinsteigerinnen. «Wie erkläre ich es den Eltern, wenn ihre Kinder alle paar Monate eine neue Lehrerin haben?», fragt Knüsel. Für sie ist klar: «So leidet die Qualität des Unterrichts.» So konnten nur rund zwei Drittel der Schulen im vergangenen Sommer durchwegs qualifiziertes Personal einstellen, wie eine Umfrage des Schulleiterverbands Schweiz ergab. Beim anderen Drittel fehlte teilweise die fachliche Qualifikation.

Besonders prekär ist die Situation in den Kindergärten. Sandra Altermatt hat für ihre Schule im zürcherischen Volketswil zwei Kindergärtnerinnen gesucht. Bewerbungen: keine. «Vor fünfzehn Jahren noch hatte ich pro Stelle etwa hundertzwanzig Interessentinnen.» Nun musste sie ihr ganzes privates Netzwerk aktivieren, bis sie eine Studentin fand, die für ein paar Monate einspringt. Auch konnte sie eine Kindergärtnerin überzeugen, trotz Pensionsalter weiter zu unterrichten.

Im Stadtzürcher Schulkreis Glatttal werden gar zwei Kindergärten geschlossen und die Kinder auf andere Klassen verteilt. Klassenzusammenlegungen melden auch die Kantone Bern und Schaffhausen. Oberste Maxime: «Es wird alles unternommen, dass der den Schülerinnen und Schülern gesetzlich zugesicherte Unterricht auch stattfinden kann», sagt der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler.

So kommt es, dass trotz allem im neuen Schuljahr kein Kind ohne Lehrer dastehen wird. Das täuscht über das strukturelle Problem der Volksschule weg: Über kurz oder lang fehlen ihr Zehntausende Lehrkräfte. Erstens gehen in den nächsten Jahren viele Lehrer der Babyboomer-Generation in Pension, zweitens arbeiten jüngere Lehrerinnen vorwiegend Teilzeit und drittens gibt es immer mehr Schulkinder. «Wir gehen davon aus, dass man pro Jahr rund 11'000 Lehrpersonen ersetzen muss, weil sie entweder pensioniert werden, den Lehrberuf verlassen oder ihr Pensum reduzieren», sagt Bildungsökonom Stefan Wolter. Das Problem: Die Pädagogischen Hochschulen bilden jährlich bloss etwa 4000 neue Lehrerinnen aus. Der Rest müsse durch Wiedereintritte in den Beruf oder durch Pensumserhöhungen abgedeckt werden, sagt Wolter.

Für die Lehrerverbände ist die Situation günstig: Sie machen Druck für mehr Lohn und weniger Arbeitsbelastung. Teilweise mit Erfolg. Kürzlich erst gleich der Kanton Schaffhausen den Lohn der Kindergärtnerinnen dem Primarlehrerlohn an. Auch in Zürich werden Massnahmen diskutiert. Hier sind die Kindergärtnerinnen trotz gleich langer Ausbildung tiefer eingestuft als Primarlehrerinnen – obwohl die Arbeit über die Jahre anspruchsvoller wurde. Bildungsdirektorin Silvia Steiner lässt nun die Situation an den Kindergärten untersuchen.»